

Liberales Argumente

Nr. 19 / 8. Dezember 2011 / 17. WP

- **Eurobonds**

Die Haltung der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag zu Eurobonds ist klar ablehnend! In unserer Argumentation grenzen wir uns deutlich von den meisten politischen Mitbewerbern ab.

Im Folgenden seien unsere wesentlichen Argumente aufgelistet:

1. Eurobonds bedeuten eine **Vergemeinschaftung der Verschuldung** in der Eurozone. Damit würde Deutschland im Rahmen einer gesamtschuldnerischen Haftung für sämtliche aufgenommenen Kredite haftbar gemacht. Die Staatsschulden von Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien betragen zurzeit 3.100 Milliarden Euro- und wachsen täglich. Würde auch nur ein Teil dieser Schulden in Eurobonds umgewandelt, würde dies insbesondere Deutschland auf Generationen hinweg völlig überfordern.

2. Eurobonds würden nach Schätzungen zu mittel- bis **langfristig erhöhten Zinsausgaben** alleine für den Bund in Höhe von 20 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr führen. Da Länder und Kommunen eine Schicksalsgemeinschaft mit dem Bund bilden, würden auch sie mit erheblichen Aufschlägen rechnen müssen, was gesamtstaatlich bereits mittelfristig zu einem höheren zweistelligen Milliardenbetrag zusätzlicher Zinskosten führen würde.

3. **Deutschland droht überdies sein Toprating AAA zu verlieren**, da die schwächeren Volkswirtschaften der Eurozone dann faktisch in unsere Bilanz eingepreist werden müssten. Hierdurch drohen noch höhere Zinskosten für Bund, Länder und Gemeinden.

4. Mit der Einführung von Eurobonds würden die **Zinsunterschiede für Staatsschulden wieder eingebnet**. Dadurch würde schlagartig der Druck zur Sanierung maroder Staatshaushalte genommen werden. Es würde der einzige automatisch wirkende Mechanismus ausgehebelt, der Regierungen effektiv dazu motiviert, ihre Verschuldung zu verringern und glaubhafte Reformen umzusetzen. Die Erfahrung mit dem dutzendfach gebrochenen Stabilitätspakt zeigt, dass auf interpretationsfähige Pakte weniger Verlass ist als auf die Wirkung risikogerechter Marktzinsen. Die Schuldenparty würde nicht nur weitergehen, sondern auf fremder (unserer) Rechnung sogar beschleunigt werden.

Verfassungsrechtlich gibt es keinerlei Handhabe, die Sozial-, Finanz- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten direkt zu beeinflussen. Der durch die derzeitigen Rettungsprogramme erzeugte Sanierungsdruck hingegen wird sich mittelfristig als segensreich für alle Beteiligten erweisen, da damit die Ursachen und nicht nur Symptome beseitigt werden können. Die Sozialisierung der Haftung führt keineswegs zu mehr Solidität der Schuldner.

5. Schließlich halten wir **Eurobonds für schlicht verfassungswidrig**, da sie einen unbegrenzten Eingriff in das deutsche Budgetrecht bedeuten würden und damit das Demokratiegebot verletzt würde.

Das Bundesverfassungsgericht führt in seiner Entscheidung vom 07.09.2011 wörtlich aus:

„Es ist insoweit auch dem Bundestag als Gesetzgeber verwehrt, dauerhafte völkervertragsrechtliche Mechanismen zu etablieren, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, vor allem, wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind.“

Hatte sich der SPD-Parteivorsitzende Gabriel noch von der klaren Absage an Eurobonds aus Karlsruhe beeindrucken lassen und seine Forderungen nach Eurobonds aus der Vergangenheit bestritten, setzt er nun erneut ganz unverhohlen auf dieses Instrument zur Kollektivierung aller Schulden auf Kosten Deutschlands.

SPD und Grüne mögen diese Nachteile mit ihrer Forderung nach Eurobonds billigend in Kauf nehmen. Diese Politik findet ihre Bestätigung immerhin in der von Rot-Grün zu verursachten Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie der bedenkenlosen Aufnahme Griechenlands in die Eurozone.

Die FDP wird diesen gefährlichen Weg in den Abgrund nicht mitgehen. Bei der Bewältigung der Schuldenkrise helfen nur glaubwürdige Sparanstrengungen der betreffenden Regierungen und die Beseitigung verkrusteter Strukturen, die die Wettbewerbsfähigkeit hemmen. Wir haben mit mehreren Hilfspaketen und Rettungsschirmen in großem Maße dazu beigetragen, dass überschuldete Staaten Zeit gewonnen haben.

Wir erwarten, dass diese Zeit nun auch genutzt wird, um den Stabilitätspakt mit weitgehend automatischen Sanktionen auszustatten und um Schuldenbremsen in allen Euro-Staaten einzuführen.

Es müssen die Ursachen der Krise beseitigt und nicht deren Symptome bekämpft werden.